

Herrn  
 Präsidenten des Nationalrates  
 Mag. Wolfgang SOBOTKA  
 Parlament  
 1017 Wien

25. März 2019

GZ. BMEIA-AT.90.13.03/0010-I.7/2019

Die Abgeordneten zum Nationalrat Dr. Alma Zadić, LL.M., Kolleginnen und Kollegen haben am 25. Jänner 2019 unter der Zl. 2691/J-NR/2019 an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend „Menschenrechtssituation in Ägypten“ gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

**Zu den Fragen 1 bis 12:**

Ich verweise auf meine Beantwortung der parlamentarischen Anfrage Zl. 2687/J-NR/2019 vom 25. Jänner 2019. Es gibt in gewissen Bereichen bedenkliche Entwicklungen der Menschenrechtssituation in Ägypten.

Österreich unterstützte im März 2019 die Erklärung der Europäischen Union (EU) im Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen (VN), in der Ägypten unter anderem zur Achtung der Meinungs-, der Versammlungs- und der Vereinigungsfreiheit aufgerufen und zur Aufklärung von Fällen von Verschwindenlassen aufgefordert wurde. Besorgnis wurde insbesondere wegen der Zunahme der Anzahl von Todesurteilen, der übermäßigen Einschränkung des Raums für die Zivilgesellschaft, der Einschränkungen der Medienfreiheit und der journalistischen Arbeit sowie der Zunahme von Prozessen gegen Zivilisten geäußert. Die EU führt einen jährlichen Menschenrechtsdialog mit Ägypten. Der nächste Dialog soll in der ersten Jahreshälfte 2019 stattfinden.

Derzeit sind in meinem Ressort keine bilateralen Besuche mit Ägypten in Vorbereitung. Die nächste Staatenprüfung von Ägypten bei der Universellen Periodischen Überprüfung (UPR) durch den VN-Menschenrechtsrat findet im November 2019 statt. Eine Teilnahme Österreichs an der Prüfung wird derzeit noch geprüft, Österreich beteiligte sich an der letzten UPR Ägyptens im November 2014.

Ägypten ist kein Schwerpunktland der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit (OEZA). Das BMEIA unterstützt auch multilaterale Programme und Aktivitäten von nicht staatlichen Organisationen zur Entwicklung und zum Schutz von Menschenrechten, die nicht in den Länderstatistiken erfasst werden. Von der EU werden in Ägypten verschiedene Instrumente für die Finanzierung von Programmen und Projekten unter anderem in den Bereichen soziale

- 2 -

Entwicklung, Governance, Stabilität und Demokratie herangezogen. Die Stärkung der ägyptischen Zivilgesellschaft bildet dabei einen Schwerpunkt für die EU.

Dr. Karin Kneissl

